

ANMERKUNGEN FÜR ZEITGENOSSEN UND FÜR WEGGENOSSEN IM ERINNERUNGSJAHR 2019

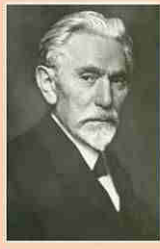
MÄRZ / APRIL 2019



»Die Geschehnisse im Stadion des CFC am gestrigen Tage machen uns ...fassungslos«, so in einer "Stellungnahme" von Jürgen Renz, Vorsitzender der SPD Chemnitz am 10. März 2019.



FASSUNGSLOS? - Wer kann helfen?



August Bebel:
„Vorurteilslosigkeit ist das erste Erfordernis für die Erkenntnis der Wahrheit und rückhaltloses Aussprechen dessen, was ist und werden muß, führt allein zum Ziel“.

Erkenntnis OB B. Ludwig / FP 20.3.2019



...genen Jahren als Beispiel genannt Ludwig entgegnete, die rechten Strukturen existierten seit Anfang der 1990er-Jahre. „Sie sind mal mehr und mal weniger sichtbar.“ Zuletzt

**Chemnitz / Sachsen
FASSUNGSLOS?
Hier muss Grundsätzliches
besprochen werden**

IM ERINNERUNGSJAHR 2019

Erinnern und die Sache mit dem ersten Knopf Von Sachsenburg bis Gellertstraße: Es fehlte immer an Haltung



Beispiel Sachsenburg

Sachsenburg / Freistaat Sachsen 1992, in »SACHSENBURG / DOKUMENTE + ERINNERUNGEN / NEUAUFLAGE« schrieb Erich Knorr (1912-2010): Im April 1992 wurde im Gemeindeanzeiger die Bezeichnung „KZ Sachsenburg“ mit einem Fragezeichen versehen. Es wurde angezweifelt, ob es sich dabei überhaupt um ein KZ handelte. Da waren wir als aktive Antifaschisten herausgefordert. Als mich und meine Kameraden **Justin Sonder** und **Siegfried Streubel** die schlimme Nachricht erreichte, dass zudem das Mahnmal in Sachsenburg beschmiert wurde, sind wir sofort dahin. Und wir fanden dort auch noch Flugblätter, die Nazi- Aktivisten aus dem Westen an diesem Ort hinterlassen hatten. Sofort gingen wir zum Sachsenburger Bürgermeister, zum Pfarrer, sprachen mit Einwohnern.... Wie hält es das Land, die Gesellschaft mit der Erinnerungskultur? In dieser Angelegenheit musste hier umgehend Grundsätzliches besprochen und geklärt werden! Und dazu gehört – so jedenfalls damals unsere Meinung – der Landrat des Kreises. – **Begegnung mit dem Zeitgeist?** Auch andere Gesprächsteilnehmer begegneten im Dorf der Meinung: „Es war ja gar nicht so schlimm“. Die ganze überregionale Tragweite

der Vorgänge um das eindrucksvolle Mahnmal wollte wohl von so manchen Bürger in Sachsenburg und im Kreis damals nicht erkannt werden. Vielleicht setzte der „Zeitgeist“, so kurz nach der „Wende“, andere Prioritäten, oder war es möglicherweise schon eine systematische Vernachlässigung, weil man glaubte in der neuen Zeit „Wichtigeres“ zu tun zu haben?

Erich Knorr: In dem dokumentierten Brief an den Herrn Landrat Schramm mussten wir jedenfalls beklagen, dass Monate vergingen, bis die faschistische Besudelung des Denkmals beseitigt wurde.

Als dann endlich ein Gesprächstermin zum 3. Dezember 1992 zustande kam, delegierte bekanntlich der Landrat einen Stellvertreter. Und der belehrte dabei:

Heutzutage ist ein Landrat nicht mehr der staatliche Vertreter, wie es früher einmal der Fall war [...]. Der Landrat kann nicht die Stelle sein, die jetzt „die Geschichte richtig stellt“ noch jene, die etwas an die Schule geben könnte. Wir bitten also nicht zu hohe Erwartungen hinsichtlich Kultur und Politik an uns zu stellen. Insofern ist unser Einfluss sehr beschränkt.

Waren die Kameraden vom Interessenverband nicht die rechten Gesprächspartner für Grundsätzliches? Waren diese Kameraden, die im KZ, im Zuchthaus, im Strafbataillon 999 gelitten haben, nicht glaubwürdig? (Protokolleintrag Seite 23. Auflage 1993/1994):

Es fällt auf, dass die hiesigen Dokumente über die KZ in Sachsenburg und Sachsen, die etwas über die faschistische Vergangenheit aussagen, immer wieder angezweifelt werden....

Goethe-Zitat in Sachsenburg

An die abendliche „Schloss-Debatte“ erinnert sich **Justin Sonder** noch heute: *Ich fragte die damals so energisch für die vorgeblich „Mitte der Dorfbevölkerung“ streitende Frau des Bürgermeisters, ob sie als seinerzeitiges Mitglied der DDR-Schwimmer Nationalmannschaft sich auch an einen Fehlstart erinnern könne. Natürlich konnte sie. Worauf ich ihr sagte: heute habe sie sich wieder einen Fehlstart geleistet. Denn immer kommt es auf den Anfang an. Das gilt auch beim Erinnern, Gedenken [...]. Und mir fiel der Goethe-Spruch ein: **Wer das erste Knopfloch in der Knopfleiste verfehlt, kommt am Ende gar nicht zurecht.***

Solcherart „Fehlstarts“ gab es bekanntlich zu Beginn der 90er Jahre viele. – Deshalb

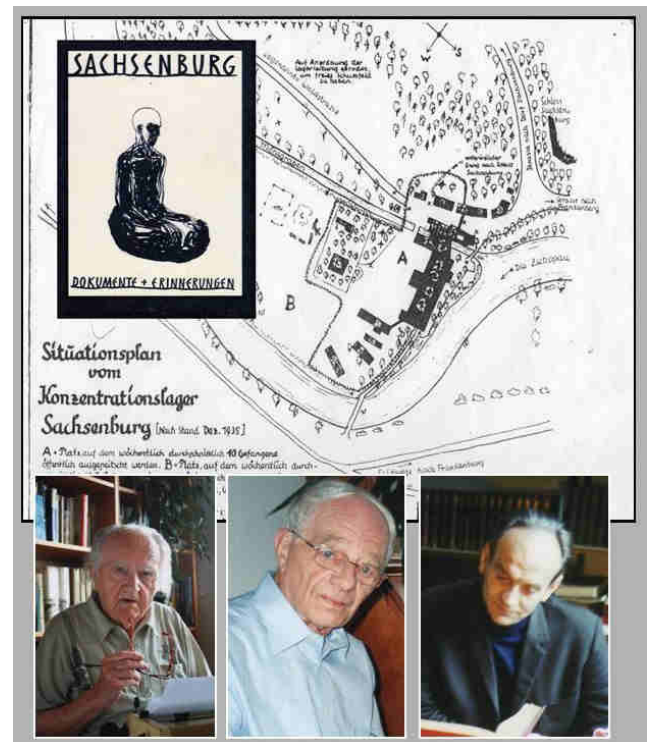
schrieben die Antifaschisten an den Herrn Landrat: **Gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit bedarf es einer breiten Bevölkerungsmehrheit.**

Dagegen ein Leserbrief in der Freien Presse, am 9. Juni 1993 (Siehe dazu SACHSENBURG / DOKUMENTE + ERINNERUNGEN Seite 22), also ganze sieben Monate später, unter der Überschrift „Arbeitsplätze statt Gedenkstätten“ stand der böse Satz: *„Interessiert an dieser Vergangenheit sind eigentlich nur die Genossen der „alten Garde“.*

Erinnerung an die faschistische Gräueltat und Gedenken der Opfer nur im Sinne der „alten Garde“? - Dachte man schon damals in dieser Richtung in der Mitte der Gesellschaft?

Wer zeigte Flagge?

Die Mahnung von Justin Sonder hätten auch die Amtsträger der ganzen Region Mittweida ermutigen können, schon früh Flagge zu zeigen, in der Auseinandersetzung mit Nationalismus, Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit.



Erich Knorr, Justin Sonder, Siegfried Streubel

Allein nach den Sachsenburg-Ereignissen 1992 vergingen „Jahre der Ruhe“. In der „Wende-Euphorie“ schien sogar alles in Vergessenheit zu geraten, Gras zu wachsen über die Sachsenburg-Ereignisse zu Beginn der 90er

Jahre. Eine anfangs im Schloss noch aus DDR-Zeit stammende kleine Ausstellung über das KZ im Ort wurde abgenommen.

Die von Antifaschisten aus der früheren Dokumentation zum KZ Sachsenburg geretteten Sachzeugnisse wie der berühmte Sachsenburger- Prügelbock, das originale Sterbebuch der Heimbürgin von Sachsenburg u. a. verschwanden in Archiven.

Antifaschisten allein gelassen

In einem Bericht über das Treffen zur Erinnerung an den 1. Zählappell für die KZ-Häftlinge in Sachsenburg, das von der VVN-BdA bereits 1998 organisiert wurde, musste der Presseberichterstatter feststellen: Bedauerlich war, dass man bei dieser Veranstaltung fast nur unter sich blieb.

Unterdessen hörte man aus der Region immer nachdringlicher, dass sich Rechtsradikale formierten. „Die braune Brut beginnt aufzugehen!“, warnten Frankenger Bürger.



Dresden, Tröglitz, Lunzenau, Heidenau...
Wer verlangt da Gelassenheit?

Die "Gelassenheit" der "Bürgerbewegten" von damals rächt sich heute

Erinnern, ihre Sache war es nicht!

1992

Der Landratsamt- Vertreter vor Antifaschisten: Kann nicht die Stelle sein, die jetzt... die etwas an die Schule geben könnte. Nicht zu hohe Erwartungen hinsichtlich Kultur und Politik an uns zu stellen.

1993

Unter der Überschrift „Arbeitsplätze statt Gedenkstätten“ stand in der Freien Presse der Leserbrief einer damals Bürgerbewegten der Satz: „Interessiert an dieser Vergangenheit sind eigentlich nur die Genossen der „alten Garde“. Erinnerung an die faschistische Gräueltaten und Gedenken der Opfer nur im Sinne der „alten Garde“?

2019



Pragmatisch & Fassungslos.
Und nun Jürgen Renz, Vorsitzender der SPD Chemnitz und Vorsitzender des Kaßberg- Gefängnis- Verein, in dessen Satzung es pragmatisch heißt: Nazi- Zeit und DDR werden gleichrangig behandelt. Der Verein will, laut Satzung, Nazi- Zeit und DDR- Zeit gleichrangig behandeln. Doch nicht mal das passiert! Im Visier zuvorderst immer das Land unter der Schwarz-Rot-Goldenen Flagge mit Hammer, Zirkel im Ährenkranz.

Immer, wenn es konkret wird...

Der Raum Mittweida, wozu ja bekanntlich Frankenberg-Sachsenburg gehört, stand wegen Neonazi-Aktionen wiederholt im öffentlichen Augenmerk. Bei der 2007er Veranstaltung zu Ehren der Sachsenburger KZ-Häftlinge musste daran erinnert werden, dass wieder Parolen wie „Mittweida bleibt braun!“ skandiert werden und es den berühmten „Sturm 34“ offiziell bis zum

April 2007 gab. Und man konnte nur den Kopf schütteln, als noch am 14. Mai 2007 in der Freien Presse in Richtung CDU- OB von Mittweida zu lesen war: [...] Wenn es beim Kampf gegen Neonazis konkret wird, gehen etablierte Politiker hierzulande oft nur halbherzig zu Werke. Erst heißt es, man habe gar kein Neonazi-Problem. Das werde -zum Schaden der Region - nur von den Medien herbeigeredet. Dann beginnt der Landrat einen Fördermittelantrag für Projekte gegen Rechts mit dem Satz, Mittweida sei in der Vergangenheit keine Schwerpunktregion des Rechtsextremismus in Sachsen gewesen. Und wenn es dann auf die Straße gehen soll, macht man eilig „gewaltbereite Autonome“ im Demonstrationszug aus. Die Bürger sollten also am besten zu Hause bleiben. Wie auf diese Weise das viel beschworene breite Bündnis gegen Rechts zustande kommen soll, bleibt schleierhaft. FP 2007

Zukunft braucht Herkunft!

Erst recht in Sachsen. In den letzten Jahren wurden circa 15% der Fördermittel der Stiftung Sächsischen Gedenkstätten für den Themenbereich NS -Aufarbeitung und 85 % für die Themenbereiche Sowjetische Besatzungszone und DDR-Unrecht bewilligt. Und nun wundern sich Kretschmer & Renz, Stange immer wieder über sich ergebende Wirkungen.

27. Januar 2008, Romani Rose Rede vor Sächsischen Landtag



Vergessen die vom Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sinti und Roma in Deutschland, vor dem Sächsischen Landtag am 27. Januar 2008 ausgesprochene Mahnung:

„Vor allem muss es eine klare Trennlinie geben zwischen der persönlichen Verstrickung in NS-Verbrechen und den wirklichen Opfern stalinistischen Unrechts.“

Eine solche strikte Unterscheidung ist in der Vergangenheit auch in Sachsen nicht immer eingehalten worden. Diese erinnerungspolitischen Defizite sind angesichts der Gefahren des organisierten Rechtsextremismus das falsche politische Signal.“

Und in Sachsen hört man sich die Rede an, hält zur Sache selbst Sonntagsreden, und es läuft alles weiter.

Kurt Biedenkopf



Nicht nur dieser Umstand lässt eine Äußerung des Ex-Regierungschefs Kurt Biedenkopf im Rückblick völlig grotesk erscheinen. Der so genannte »kleine König« hatte im Jahr 2000 behauptet, die Sachsen seien »immun« gegen den Rechtsextremismus. Die Äußerung gilt als unfreiwilliger Beleg für eine Geisteshaltung, die nicht zuletzt in der sächsischen CDU, aber wohl auch bei den Sicherheitsbehörden verbreitet ist: Der politische Gegner steht vor allem links.

Stanislaw Tillich



„Ja, es stimmt: Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus, und es ist größer als viele- ich sage es ehrlich: auch ich –wahrhaben wollten“, bekannte Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich vor dem Landtag am 28. 2. 2016.

Michael Kretschmer



Ministerpräsident Michael Kretschmer staunt und stellt wieder fest - man erinnert sich an sein Vorgänger Tillich - "Man habe am vergangenen Wochenende einmal mehr gesehen, dass da »mehr vorhanden ist, als wir gedacht haben« FP 14.3. 2019

Pragmatismus, bis es schmerzt

In einem Leitartikel des Chefredakteurs der Freien Presse **TORSTEN KLEDITZSCH** war am 12. März 2019 unter dieser Überschrift **ua. zu lesen:**

Fakt ist: Schon im August war die kurzfristige Mobilisierung tausender Menschen nach dem Tod von Daniel H. nicht ohne die rechten Netzwerke zu erklären, die in dieser Region seit langem zu Hause sind.

Sie reichen von den Hooligan-Gruppen bis zum Unterstützernetzwerk des NSU. Über viele Jahre waren sie kaum wahrnehmbar, Mitglieder galten als geläutert. Doch der Samstag hat einmal mehr bewiesen, wie groß nach wie vor ihr Einfluss ist.

Doch wie geht das in einer Stadt, die behauptet, weder grau noch braun zu sein, die eine der größten Universitäten Ostdeutschlands und viele Technologiefirmen beheimatet? Die in Zukunft gern Europas Kulturhauptstadt wäre?

Die Antwort: Es ist ihr rigoroser Pragmatismus, dem es an Haltung fehlt. Unpolitisch, bis es schmerzt.

Wenn es immer nur darum geht, ob etwas funktioniert. Wenn es zum Beispiel egal ist, wer das Kind trainiert, Hauptsache es hängt nicht vorm Smartphone rum. Wenn man nicht wissen will, wer da eigentlich für vermeintliche Sicherheit sorgt. Wenn alles als legitim gilt, was den unmittelbaren Zweck erfüllt, dann kann das nicht nur zu wenig, sondern zutiefst schädlich sein für ein lebenswertes Stück Erde, wie es die Chemnitzer Region eigentlich ist. Dann kann es sie ruinieren.

Der „entpolitisierte“ Umgang mit einem bekennenden Rechtsextremen, er war in diesem Fall zu vielen eigen. Dem Verein, Lokalpolitikern und leider auch unserem eigenen Haus, das die Sicherheitsfirma von Thomas H. für das Pressefest unter Vertrag hatte. Auch hier war es der Pragmatismus, dass die Firma ihren Job machte, der über den Widerspruch siegte. Hooligans gibt es überall. Auch Rechtsextreme. Insofern ist Chemnitz keine Ausnahme. Besonders ist die Stadt, weil sie es scheinbar so hinnimmt, weil zu wenige Menschen zu sehen sind, die sich dagegen auflehnen. Wer Chemnitz endlich in einem anderen Licht erscheinen lassen will, der muss denjenigen Unterstützung bieten, die ein anderes Stück auf die Bühne bringen wollen. Er muss darin selbst auftreten.

Rechte Fans und die politische Naivität

Christoph Ruf in nd 18. März 2019

Doch Sachsen ist nicht ohne Grund das Bundesland, in dem Fachjournalisten, die ein Referat über die NPD halten wollten, bis vor kurzem noch unterschreiben mussten, dass sie auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen. Es ist das Bundesland, in dem Sozialarbeiterinnen und Pädagogen sich auch 2019 noch vielerorts rechtfertigen müssen, wenn von ihnen betreute Jugendliche eine Demo gegen die AfD planen.

Dass Links und Rechts gleich schlimm sind und nur die Mitte (in der sich merkwürdigerweise auch die sächsische CDU verortet) demokratisch gesinnt ist, predigen im sächsischen selbst redend auch einige maßgebliche Politologen. Kein Wunder, dass für die Politik in Dresden dann auch zwingend eine linksextreme Indoktrination vorliegt, wenn sich Menschen gegen rechts engagieren.

Der Chemnitzer FC hat derzeit einige Probleme. Eines davon ist geografisch bedingt: Chemnitz liegt in Sachsen.

Verfassungsrichter: NPD ist zu unbedeutend für ein Verbot



»Tragischer Tag für die Demokratie«

Reaktionen auf das gescheiterte NPD-Verbot
Berlin. Die Karlsruher Verfa...

Es sage keiner ... er hätte es nicht gewusst!



Hakenkreuz auf dem Sani-Koffer: Der Heimatverein will das nicht gesehen haben. FOTO: MARCUS FISCHER

FESTUMZUG

Staatsanwalt hält Nazi-Koffer für legal

COLMNITZ – Ein Sanitätskoffer aus dem Zweiten Weltkrieg mit einem Hakenkreuz, der Ende Mai in einem Festumzug in Colmnitz (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) gezeigt wurde, hat für den Träger keine juristischen Konsequenzen. Wie die „Sächsische Zeitung“ gestern in ihrer Online-Ausgabe meldete, hält die Staatsanwaltschaft Dresden das Zeigen des Kennzeichens einer verfassungswidrigen Organisation hier nicht für strafbar. Begründung: Die Colmnitzer hätten mit

Neonazi-Partei breitet sich im Erzgebirge aus



Galgen lediglich symbolisch zu verstehen

Die ausführliche Begründung der Staatsanwaltschaft: Der Zeitungsdarstellung zufolge hatte die Staatsanwaltschaft argumentiert, die Galgen seien "nicht ganz ernst zu nehmen". Die Galgen – beschriftet wie das Original von der Pegida-Demo – seien Kunst. Dem Beschuldigten sei nicht nachzuweisen, dass er "ernstlich Leute dazu animieren wolle, Merkel oder Gabriel anzugreifen". Gemeint sei lediglich symbolisch der politische Tod.

Alles Nebensache?

Und nun kommt Stange

GEDENKSTÄTTE
Kommission weist Konzept zurück

SACHSENBURG – Das von der Stadt Frankenberg vorgelegte Konzept für eine Gedenkstätte für das frühere KZ Sachsenburg muss nachgebessert werden. Die Stadt wurde vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst umentschieden, dass eine Expertenkommission den Antrag auf Mitfinanzierung einer Gedenkstätte für das ehemalige Konzentrationslager nicht befürwortet. Kritikpunkte seien

Frau Stange (SPD) Staatsministerin im Freistaat Sachsen, hat erklärt, dass ein vorgelegtes Konzept für eine Gedenkstätte in Sachsenburg zurückgewiesen wird. Weggenossen der Antifaschisten, die sich seit vielen Jahren für eine Gedenkstätte eingesetzt haben, fragen: Ist die Entschließung des Europaparlament (1993) zur Bedeutung der nazistischen Konzentrationslager und den daraus erwachsenen Initiativen gleichgültig?

Nachdem bereits **Frau Stange (SPD)** als Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen, im "MDR Sachsenspiegel" erklärt hat, dass ein vorgelegtes Konzept für eine Gedenkstätte in Sachsenburg zurückgewiesen wird, ist (16.2.2019) die entsprechende Meldung in der FP erschienen. "Experten" sollen nun ran.

Stange und Renz:
Ein Signal
Mit einem Zuwendungsbescheid über 163.000 Euro reiste Staatsministerin Eva-Maria Stange nach Chemnitz. Ihr Ziel: der Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis.



Für die Realisierung des auf rund 3,1 Millionen Euro geschätzten Konzepts hatte die Staatsregierung bereits im August zwei Millionen Euro aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR bewilligt. Stange: Es sei ein wichtiges Signal, wie wir mit unserer jüngeren Geschichte umgehen, wenn ehemalige SED-Gelder jetzt für die Aufarbeitung der SED-Diktatur eingesetzt werden.

Für Weggenossen der Antifaschisten, Kameradinnen und Kameraden, die sich seit vielen Jahren ehrenamtlich für eine Gedenkstätte in Sachsenburg eingesetzt haben, und denen die ENTSCHESSUNG des Europaparlament (1993) zur Bedeutung der nazistischen Konzentrationslager und den daraus erwachsenen Initiativen nicht gleichgültig sind, ergeben sich Fragen.

> Welche "Expertenkommission" hat hier den Daumen gesenkt? Etwa die Runde deren Wirken schon mal Anlass für vom Naziregimes Verfolgte und Antifaschisten war, das Gremium der Sächsische Gedenkstättenstiftung zu verlassen?

> Was hat das Kaßberg- Projekt der Herren & Frauen um Renz & Kliese und Co., was Sachsenburg nicht hat? Ihr "Tor zur Freiheit" passt wohl besser in das Konzept für eine "Kulturhauptstadt Europa"?

Das Europaparlament

1. verlangt von seinen Mitgliedsstaaten,

im Protest gegen alte derzeitigen Erscheinungen des Rassismus, des Antisemitismus oder der Fremdenfeindlichkeit und unter Ablehnung einer Rückkehr zu den von der zivilisierten Welt verurteilten Ideologien des Nationalsozialismus, alle Initiativen, u.a. auch finanziell, zu unterstützen, die darauf abzielen, die ganz besondere Bedeutung der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager zu bewahren, und diese Stätten untereuropäischen und internationalen Schutz zu stellen; / Das Europäische Parlament ENTSCHESSUNG, 11. Februar 1993

> Wie gedenkt die Bundesrepublik Deutschland der Entschließung des Europaparlament nachzukommen? Nicht die Stadt Frankenberg, die BRD hat sich doch dazu bekannt, oder vielleicht doch nur zu Schau? Sollte man der zuständige Staatsministerin (SPD) deutlich sagen, dass hier (wie seinerzeit in Torgau) zur Schau gestellte Überparteilichkeit unangebracht ist?.

Richtiges Gedenken am richtigen Ort

Enrico Hilbert, VVN-BdA Chemnitz Haben wir nicht ein Recht...



Wir gedenken heute, am 27. März, dem Leben und Wirken von Max Brand und Albert Hähnel, Albert Junghans und Walter Kuppel, Kurt Krusche und Alfons Pech sowie Willy Reinl. Und erinnern an den Mord am Hutholz am 27. März 1945 und die Morde, die außerdem hier geschehen sind.

Und wollen mahnen, daß es sich nicht wiederholen möge, denn wir alle spüren die Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft, gerade in unserer Heimatstadt, wo die Konflikte offen liegen und wir vernehmen die Nachrichten und Informationen, die unterschiedliche >>>

Erich Weinert (1890 - 1953)

DIE HAKENRUNE

(1946)

Kaum war das tausendjährige Reich kaputt,
Da krochen sie behend, die Hakenrunen
Rasch aus dem Knopfloch poikend, aus dem
Schutt. Und machten, etwas vorschnell, auf
Kommune. Mit vollen Hosen standen sie parat,
mit jeder Sorte Plebs sich zu verbrüdern. Und
drängelten sich vor, dem neuen Staat sich
anzubieten oder anzubiedern.

Wer konnte wohl auf soviel Nachsicht hoffen!
Sie stiegen wieder ins Geschäft mit ein,
Denn alle Hintertüren standen offen,
Und jeder hatte den Entlassungsschein.
Sieg-Heil! Der erste Schock ist überwunden.
Die Amnestie begießt man auf Banketts.
Wie lange noch? Dann steht der Schießverein.
Denn statt das Land von Nazis reinzuwaschen,
Wäscht man die ganzen Nazis wieder rein.
Das darf sich heut schon wieder frech vermessen
Und sein Bedauern fassen ins Gebet,
Daß viel zu wenig im KZ gesessen.
Und daß es nicht noch mal nach Moskau geht.

Das läßt schon wieder Meuchelmörder frei,
Nach denen sie jahrzehntelang gefahndet,
Als ob inzwischen nichts geschehen sei.
Doch Fahnenflucht wird immer noch geahndet.
Das macht, im Schatten der Vergeßlichkeit,
In seiner Klaue noch den Stil von gestern,
Schon wieder sich in Leitartikeln breit, Und darf,
was heut sich redlich müht, verlästern.
Das darf sich wieder vor Kathedern flegeln
Und wird nicht gleich mit Prügeln relegiert.
Das spielt sich wieder auf nach Standesregen,
Statt Schutt zu karren, wie es ihm gebührt.

Ja, haben dafür unsere kühnsten Herzen
Gekämpft, gelitten und ihr Blut verströmt,
Daß die, die wir geschworen, auszumerzen,
Heut nicht einmal mehr öffentlich verfermt?
Genauso hat es damals angefangen!

Und wo es aufhört, ist euch bekannt
Verschlafte ihr noch einmal, die zu belangen,
Dann reicht bestimmt kein Volk uns mehr die
Hand.
(Auszug)

Rose Nyland (1929-2004)

Höchste Zeit

Das ist vorbei?
Das ist noch nicht vorbei!
Das grölt durch Straßen,
schreit von Wänden:
Das hat schon wieder
Waffen in den Händen.
Das will nur deutsch
Und nichts als Deutscher sein.
Und der Faschismus
schießt sich wieder ein

Das ist vorbei?
Das ist noch nicht vorbei!
Und während wir
schon wieder Tote zählen,
kann man in aller Ruhe
Nazis wählen.
Es heißt, die erste Pflicht
Sei Bürgerruh.
Und schöne Phrasen
Decken alles zu.

Das ist vorbei?
Das ist noch nicht vorbei!
Seid eingedenk der
dunklen deutschen Jahre.
Im Kampf um alles
Gute, Schöne, Wahre:
Erstreitet und
verteidigt Menschlichkeit.
Es ist die höchste,
allerhöchste Zeit.

**(Vorgetragen am 27. März 2019 bei der
Erinnerungsveranstaltung des Geschichtsverein
Neukirchen und der VVN-BdA Chemnitz vor
dem Ehrenmal am Hutholz)**



Rose Nyland

Als Tochter des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Karl Böchel emigrierte Rose Nyland zusammen mit ihrer Familie 1933 zunächst in die CSR, 1937 nach Norwegen und 1944 nach Schweden. 1951 kehrte sie zurück in die DDR und lebte seit 1957 als freischaffende Autorin in Karl-Marx-Stadt. Daneben war sie als Erziehungshelferin, FDJ-Funktionärin, Gartenarbeiterin und Volkskammerabgeordnete tätig. Sie schrieb Gedichte, Erzählungen, Kinderhörspiele, Reportagen und Kurzgeschichten. / STADTBIBLIOTHEK CHEMNITZ / Chemnitzer Autorenlexikon

ERINNERUNGSJAHR 2019

Bei anderen gelesen...

Klassenkämpfer Gauck tingelt übers Land



Für eine ZDF-Dokumentation besprach sich der Altbundespräsident Gauck auch mit dem Pegida-Mitbegründer Rene Jahn und seiner Nachfolgerin in der BStU- BIRTHLER

Der 30. Jahrestag des Mauerfalls wirft seine Schatten voraus, und mit ihm unweigerlich Joachim Gauck. Für eine ZDF-Dokumentation führte der Alt-Bundespräsident Gespräche mit ausgewählten Menschen über die Zustände in Ost und West. Und was er dabei erlebte, ist die immer wiederkehrende Bestätigung seines Weltbildes, was sonst. Ebenso beharrlich muss ihm widersprochen werden. So meint Gauck, dass die geringe Repräsentanz Ostdeutscher an der Spitze von Institutionen, Behörden, Gerichten, Universitäten und Konzernen letztlich nur eins sei: Spätfolge der DDR. Die Ossi sieht er im Gebrauch ihrer Ellenbogen nicht genügend ausgebildet, was für Gauck einer Art psychologischer Missbildung gleichkommt.

Dass der Ostdeutsche Gauck kein Verständnis für Ostdeutsche aufbringt, die noch immer nicht in ungeteilten Jubel ausbrechen wollen über die vor 30 Jahren erlangte Freiheit, war bereits bekannt. Wer soziale Defizite wichtiger nimmt als die Freiheit, unter Brücken zu schlafen, muss mit Gaucks heiliger Empörung rechnen. Den es »anwidert«, wenn jemand die DDR nicht nur mit abstoßenden Erinnerungen verbindet.

Sein Hass auf die »Diktatur« ist Kehrseite seiner Verklärung heutiger Verhältnisse und der Blindheit für ihre Opfer. Pastorale Gestik und liberales Bekenntnis täuschen darüber hinweg, was Gauck in Wahrheit ist: unerbittlicher Klassenkämpfer.

Uwe Kalbe über die Bekenntnisse des Alt-Bundespräsidenten, nd 2.4.2019

Die Freiheit die Herr Gauck meint?

Rechte unter sich Von Katharina Schwirkus



Der Schriftsteller Uwe Tellkamp hat die Schirmherrschaft über eine Veranstaltungsreihe namens »70 Jahre DDR« übernommen, die vom 27. Mai bis 9. November im Dresdner Buchhaus Loschwitz stattfinden wird. Tellkamp steht seit Längerem in der Kritik, weil er vor »illegaler Masseneinwanderung« nach Deutschland warnte. Auch die Ladenbesitzerin Susanne Dagen, musste sich in den letzten Jahren mit dem Vorwurf auseinandersetzen, rechte Parolen salonfähig zu machen.

*Schon 2016 erschien im »Spiegel« ein Text über Dagen, in dem sie als Pegida-Sympathisantin bezeichnet wurde. Seither hat die Frau, die mal als Dresdens beste Buchhändlerin bekannt war, an Kundschaft verloren. Gleichzeitig ist die Buchhandlung zu einem Anlaufpunkt für Anhänger*innen der AfD geworden. Dagen war zudem Mitglied des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung.*

*Auf Anfrage des »nd« erklärt Dagen, dass sie die Veranstaltungsreihe mit Tellkamp zusammen erarbeitet habe. Dieser werde nur die Auftaktveranstaltung und eine Veranstaltung mit Vera Lengsfeld im Oktober moderieren. Die anderen vier Veranstaltungen werde sie selbst leiten. Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Lengsfeld war bis Mitte der 90er Jahre bei den Grünen aktiv, ihre weitere Karriere führte sie immer tiefer ins rechte Lager. Zudem ist sie Initiatorin der »Erklärung 2018«, die vor einem Jahr veröffentlicht wurde. Darin warnten die Autor*innen vor einer vermeintlichen Masseneinwanderung in das deutsche Sozialsystem.*

Die Auftaktveranstaltung mit Tellkamp und Arnold Vaatz am 27. Mai ist bereits ausverkauft. Vaatz ist einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Der Dresdner Abgeordnete machte zuletzt auf sich aufmerksam, als er den CDU-Berater Werner Patzelt und dessen Engagement für die AfD verteidigte. Die TU Dresden hatte Ende Januar entschieden, dass Patzelt keine Seniorprofessur erhalten wird. Vaatz schrieb kurz darauf auf dem rechten Blog »Achse des Guten«, der Fall Patzelt sei die »Geschichte einer Säuberung«.

Auch die weiteren Gäste der Veranstaltungsreihe sind dem rechten Lager zuzuordnen. Eingeladen ist auch Michael Klonovsky. Der persönliche Referent des AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland hatte 2015 im »Focus« behauptet, dass Deutschland »eine Art moderate DDR« drohe, weil »unerwünschte Ansichten« stigmatisiert würden. Tellkamp hat in seinem Roman »Der Turm« (2008) die letzten Jahre der DDR von 1982 bis 1989 im bürgerlichen Dresdner Milieu aufgearbeitet. Dafür erhielt er unter anderem den Deutschen Buchpreis. In einem Streitgespräch mit Durs Grünbein im März 2018 meinte Tellkamp, der aktuelle mediale »Gesinnungskorridor« erinnere an die DDR. Für diese und weitere Aussagen wurde er stark kritisiert, auch sein Verlag - Suhrkamp - distanzierte sich.



Das Problem der Veranstaltungsreihe »70 Jahre DDR« in Dresden liegt damit auf der Hand: Es geht nicht mehr darum, ob man mit Rechten reden sollte oder nicht, wie es oft diskutiert wird. Sie reden bereits nur noch unter sich. In Räumen, die von weiten Teilen des Kulturbürgertums Dresdens nicht mehr aufgesucht werden, können sie ungestört an ihrer eigenen Geschichtsschreibung arbeiten. (Aus nd 21.3.2019)

Leserbrief

Böse Vorahnung

Hier tauchen sie wieder auf, rund um das Dresdner Buchhaus Loschwitz, die geplante Veranstaltungsreihe »70 Jahre DDR« und unter der Schirmherrschaft des dubiosen »Turm«-Schreibers Uwe Tellkamp: die Namen der Protagonisten und Lichtgestalten der sog. friedlichen Revolution bis hin zur heutigen Pegida, AfD und rechten Teilen der CDU, die Lengsfeld, Vaatz, Patzelt, Klonovsky & Co. Die Linie ist personell nahtlos nachvollziehbar - vom Mauerfall bis zum Rechtsextremismus. Es

kommen böse Vorahnungen zum Ausgang der Wahlen in Sachsen auf.

Prof. Dr. Johann Mrazek,
Sundhagen/Stahlbrode

Rechtsextreme als Vereinsmeier

In Sachsen wird einer Studie zufolge an einer »Zivilgesellschaft von rechts« gearbeitet

Von Hendrik Lasch / nd 2.4.2029



»Lichtelmarsch« in Schneeberg /Foto:Christian Mang

Vereine gelten nicht eben als Hort des revolutionären Geistes. Auch bei den »Heimattreuen Niederdorf e.V.« oder dem Verein »Dresdner Bürger helfen Obdachlosen und Bedürftigen« geht es auf den ersten Blick nicht um gesellschaftlichen Umsturz, sondern um bodenständige Aktivitäten. Letzterer richtet in Sachsens Landeshauptstadt Weihnachtssessen für Menschen in prekären Verhältnissen aus oder betreibt eine Kleiderkammer; ersterer lädt in einem Ort im Erzgebirge zu Liederabenden, Vorträgen und sogar zur Fabrikation von Sushi. Den »Heimattreuen« und ähnlichen Vereinen geht es aber um weit mehr als nur darum, Kultur aufs Land zu bringen, sagt Michael Nattke vom »Kulturbüro Sachsen«. Sie seien »Teil einer rechten Graswurzelbewegung« und der Versuch, in Sachsen eine »Zivilgesellschaft von rechts« zu etablieren. Es handle sich um eine relativ neue Strategie der extremen Rechten, die seit drei bis vier Jahren verstärkt beobachtet werde. Danilo Starosta vom Kulturbüro beziffert die Zahl solcher Vereine auf mindestens 30 im Freistaat.

Die extreme Rechte, sagt Nattke, verfolge auch in der Bundesrepublik erklärtermaßen das Ziel einer »rechten Revolte«. Um sie vorzubereiten, wird zunächst auf eine »geistige Revolte« hingearbeitet: Denkmuster wie die vom



Im Gespräch bleiben? - das Einfache, was mit denen kaum zu machen ist.

drohenden Verlust einer eigenen Kultur durch »Islamisierung« oder dem »Meinungsdiktat« einer angeblich herrschenden »linksgrünen Buntideologie« sollen verbreitet werden. Ein Weg dazu: die »Mobilmachung der Zivilgesellschaft gegen ihre Bedrohung durch Überfremdung«, wie der rechte Strategie Götz Kubitschek formuliert. In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift »Sezession« wird das Ziel ausgegeben, die Rechte solle sich »die gesamte Palette zivilgesellschaftlicher Druckmittel zum eigenen Vorteil aneignen«: Bürger- und Nachbarschaftsgruppen, Petitionen, Blockaden. So soll die »Mittelebene« zwischen dem Protest auf der Straßen und der Parteipolitik besetzt und extrem rechtes Denken im Alltag verwurzelt werden.

Eine Demokratie, die nicht stark genug ist, die Möglichkeit des Faschismus auszuschalten, ist eine Farce und keine Demokratie...

Eine Demokratie, in deren Rahmen auch der Faschismus seinen Platz hat, ist selbstmörderisch.



Louis Fürnberg

(1909—1957) war ein tschechoslowakisch-deutscher Schriftsteller, Dichter und Journalist, Komponist und Diplomat.

Dank einer vom Kulturbüro Sachsen herausgegebenen Studie, die jetzt in der Publikationsreihe »Sachsen rechts unten« erschienen und auch online abrufbar ist, lässt sich exemplarisch zeigen, wie diese Strategie umgesetzt wird und dazu führt, dass Akteure der extremen Rechten »salonfähig« werden und ihr Agieren sozial stärker als bisher akzeptiert wird. Genannt wird beispielsweise der ebenfalls im Erzgebirge ansässige »Freigeist e. V.«. Er hat seine Wurzeln in den Schneeberger »Lichtelläufen« von Ende 2013, bei denen erstmals Rechtsextreme und breitere Bevölkerungskreise gemeinsam gegen die Flüchtlingspolitik protestierten. Organisator war Stefan Hartung, ein Gemeinderat der NPD. Gegenüber der Partei gibt es verbreitet Berührungspunkte. Seit 2016 agiert Hartung unter dem Etikett des »Freigeist e. V.«, der zu Demonstrationen aufruft, die Vernetzung rechter Gruppen befördert, öffentliche Räume besetzt und bei der Kommunalwahl im Mai über eine

freie Wählergruppe auch in die Lokalpolitik drängt. Hinter einem anderen Verein mit dem harmlos wirkenden Namen »Unsere Heimat, unsere Zukunft« steht ein früheres Mitglied der verbotenen »Nationalen Sozialisten Chemnitz«.

Verbreitet engagieren sich derlei Vereine im sozialen Bereich oder mit bürgerschaftlichem Engagement. In Mittelsachsen etwa ist eine Gruppierung namens »Jugend packt an« aktiv. Ihr Motto dürfte Anklang in breiten Bevölkerungskreisen finden - zumal es »weder parteipolitische noch ideologische Motive vordergründig deutlich« werden lasse, heißt es in der Broschüre. Damit falle »eine



Satzung des Vereins Lern- und Gedenkort Kaßberg- Gefängnis
...Dabei sollen die Geschichte des Nationalsozialismus, die Zeit der sowjetischen Besatzung sowie die DDR-Geschichte grundsätzlich gleichrangig behandelt werden.

Faschismus GLEICHRANGIG mit DDR???
NAZI- Verniedlichung
Wem nützt es?

Distanzierung deutlich schwerer«, sagt Solveig Höppner von einem der Mobilien

Beratungsteams des Kulturbüros - etwa, wenn die Initiative Spenden an Tierheime überreiche und sich in den sozialen Netzwerken mit derlei uneigennützigem Engagement brüste. Nicht selten geben die Initiativen vor, sich um Bedürftige wie Wohnungslose zu kümmern, die von der Politik vernachlässigt würden. Eines der Motive sei es, der Linken mit der sozialen Frage »ein letztes Steckenpferd abzunehmen«, heißt

es in der Broschüre. Allerdings beschränkt sich das Engagement meist auf deutsche Bedürftige, die, so der mehr oder weniger unterschwellige Vorwurf, von der Politik im Vergleich zu Migranten benachteiligt würden. Ein Motto wie »Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen« ist damit durchaus als Ausschlussklausel zu verstehen - was freilich dem Grundgedanken sozialer Arbeit



widerspricht, schreibt in einem Gastbeitrag für die Broschüre Michael Richter, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen. Dessen Mitglieder kümmern sich um Menschen aufgrund von Benachteiligungen, »nicht

aufgrund ihres Deutschseins«. Wenn in Vereinen aber »Deutsche nur Deutschen helfen«, spalte das die Gemeinschaft und »verschärft Probleme, statt sie zu lösen«. Was allerdings, so muss man unterstellen, bei der extremen Rechten durchaus gewollt ist.

Wie NICHT den "ersten Knopf" verpassen?

Unerlässlich bleibt Haltung + richtige Geschichtsgewichtung



Zwischen Sachsenburg 1992 und Chemnitz 2019 und anderswo, all den FASSUNGSLOSEN bleibt im Sinne von eingangs zitiertem August Bebel vorurteilslos zu sagen: Es ist der rigoroser Pragmatismus, den es an Haltung fehlt. Und der "entpolitisierte" Umgang mit Rechtsextremisten. Darüber Klarheit zu schaffen führt allein zum Ziel.